

Politische Jugendbildung zwischen Gestaltung und Vereinnahmung

GEMINI-Fachtagung zum 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung arbeitete zahlreiche Aufgaben für Träger, Einrichtungen und Fachkräfte der außerschulischen politischen Kinder- und Jugendbildung heraus

Im November 2020 legte die Bundesregierung den 16. Kinder- und Jugendbericht vor. In dem 650 Seiten starken Dokument steht die „demokratische Bildung im Kindes- und Jugendalter“ im Fokus. Dem Diskurs über Chancen und Risiken, Potenziale, Problematiken und Perspektiven im Spannungsfeld von staatlichen Anforderungen, zivilgesellschaftlichen Anliegen und professionellen Standards stellten sich am 25. Februar 2021 mehr als 200 Teilnehmer*innen bei einer Online-Fachtagung der GEMINI, der gemeinsamen Initiative der Träger der politischen Jugendbildung im bap.

Drei Mitglieder der Sachverständigenkommission führten in den Bericht ein. **Thomas Krüger**, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), sprach sich für eine weitere Professionalisierung und Qualifizierung der Arbeit aus. Sein Appell: man müsse politische Bildung nachhaltig verankern, um für Kinder und Jugendliche eine feste, verlässliche und dauerhafte Infrastruktur aufzubauen. Die Träger und Einrichtungen forderte er auf, sich mit Offenheit der Frage zu stellen, welche Barrieren sie auf dem Weg zu einer wirklich inklusiven politischen Bildung aufweisen. Und auch die Jugendpolitik solle sich kritisch prüfen, inwieweit sie tatsächlich bereits die UN-Kinderrechtskonvention erfülle und echte Partizipation für Kinder und Jugendliche zulasse und fördere. Es stehe nicht überall politische Bildung drauf, wo sich politische Bildung ereigne, so **Hanna Lorenzen**, Bundestutorin der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, in ihrer Einführung. Demokratie sei nicht nur Ziel der politischen Bildung, sondern auch ihr Gegenstand und ihre gelebte Praxis. Sie realisiere sich zugleich in der Bildungsstruktur, in der Erfahrungswelt der Teilnehmer*innen und als Bildungsgegenstand. **Ina Bielenberg**, Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten, unterstrich, dass politische Bildung einen stärkenorientierten Ansatz verfolge und sich daher von Prävention konzeptionell unterscheide. Die Haltung der politischen Bildung sei eine offene, die sich an den Gestaltungsstärken und -wünschen der Kinder und Jugendlichen orientiere.

Prof. Dr. Alexander Wohnig zog mit Hilfe einer vom bap in Auftrag gegebenen Expertise ein erstes Fazit der Herausforderungen für die Trägerlandschaft: Wie nimmt sie Ungleichheiten und Bevormundungen in den Blick, wie überwindet sie eingeschränkte Sichtweisen, zum Beispiel exkludierende Zielgruppenfixierungen? Wie viel Diversität gibt es wirklich, beim Träger, beim Personal, bei Methodiken und Themenstellungen?

Diese unbequemen Fragen seien auf dem Weg zu einer echten, partizipativen, demokratischen Kultur konsequenterweise zu besprechen. Wohnig machte deutlich, dass Partizipation nicht erst am Ende dieser Selbstvergewisserung stehen muss, sondern auch am Anfang stehen kann, als Lernprojekt für Träger, Einrichtung und Teilnehmer*innen gleichermaßen.

Diesen Fragenkatalog erweiterten Ergebnisse von Workshops mit **Prof. Dr. Anja Besand** und **Peter Birkenhauer** (TU Dresden) zu Diversität, **Prof. Dr. Michael Klundt** (Hochschule Magdeburg/Stendal) zur politischen Bildung mit Kindern und der freien Journalistin **Inga Dreyer** (Jugendpresse Deutschland e.V.) zum vieldiskutierten Thema „Politische Bildung ist nicht neutral“.

Ein Tagungsbeobachter, **Carsten Völtzke**, Koordinator des Kompetenznetzwerkes „Demokratiebildung im Jugendalter“, formulierte die Notwendigkeit für weiteren Austausch. **Thomas Gill**, Leiter der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, plädierte dafür, mit den Aussagen und Empfehlungen des 16. Kinder- und Jugendberichtes aktiv zu arbeiten, etwa um den anwaltschaftlichen Auftrag der politischen Bildung gegenüber vereinnahmenden Anforderungen von außen und destruktiven Anfeindungen zu behaupten. In dieser Form echte Beteiligung zu ermöglichen, sei ein Gebot der Stunde.

Die Vertreter*innen der GEMINI sicherten zu, an den weißen und blinden Flecken weiterzuarbeiten, welche die Auseinandersetzung mit dem Kinder- und Jugendbericht offengelegt habe, so **Johanna Kranz** (DVV-VHS), die zusammen mit dem GEMINI-Sprecher **Dr. Karl Weber** (AKSB) die Fachtagung organisiert hatte. Weber hatte bereits in seiner Einleitung verdeutlicht, dass der Bericht für das Selbstverständnis der GEMINI-Organisationen als Träger der nonformalen Bildung neue Räume erschließe, die nun aktiv genutzt werden müssten.

Barbara Menke (Arbeit und Leben), Vorsitzende des bap, griff zum Abschluss die digitalen Räume auf. Sie bestimmten das Leben von Kindern und Jugendlichen und müssten sowohl inhaltlich als auch finanziell stärker in den Blick genommen werden. Die politische Bildung müsse ebenfalls an einer Digitaloffensive beteiligt werden. Die Stärkung der Profession einer generationenübergreifenden politischen Bildung sah sie als eine weitere Herausforderung, der sich der bap annehmen werde. Der Ausbau einer praxisorientierten wissenschaftlichen Infrastruktur könne zudem dazu beitragen, Fachkräfte - nicht nur der Einrichtungen der politischen Bildung - zu stärken und zu qualifizieren.

Für Rückfragen zur Tagung:

Dr. Karl Weber, GEMINI-Sprecher, weber@bap-politischebildung.de Tel. 0228 2892950
<http://www.bap-politischebildung.de/gemini/>

Herausgeber: Bundesausschuss Politische Bildung e.V. - presserechtlich verantwortlich:

Barbara Menke menke@bap-politischebildung.de
c/o ARBEIT UND LEBEN Robertstr. 5a 42107 Wuppertal

Website: <http://www.bap-politischebildung.de>

Facebook: <https://www.facebook.com/BundesausschussPolitischeBildung>

Twitter: https://twitter.com/bap_de